Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/600
14.02.2008

Haushalts- und Finanzausschuss

64. Sitzung (öffentlich)

14. Februar 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:30 Uhr
10:40 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur heutigen Tagesordnung **3**

Nach Diskussion über den entsprechenden Antrag der Fraktion der CDU **beschließt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den vorgesehenen **TOP 2 – Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2007 – abzusetzen.**

1 Förderungen des Landes an Nokia **7**

Bericht der Landesregierung

– Bericht von Ministerin Christa Thoben (MWME) 7

– Aussprache 11

2 Fünftes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (5. ÄndG-WBFG) 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5336

Stellungnahmen 14/1710 bis 14/1716 und 14/1721 bis 14/1723

Ausschussprotokoll 14/578

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf anzunehmen.**

3 Zweites Gesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Regelungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes Nordrhein-Westfalen sowie des Landesbetriebes Straßenbau Nordrhein-Westfalen 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5606

Vorlage 14/1581

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP bei Abwesenheit der Fraktion der Grünen, den **Gesetzentwurf anzunehmen.**

Berichterstatter: Christian Weisbrich (CDU)

4 Dritter Förderbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 30

Vorlage 14/1434

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion entgegen.

* * *

Aus der Diskussion

Zur heutigen Tagesordnung

Vorsitzende Anke Brunn gibt bekannt, der Hauptausschuss habe mitgeteilt, dass er über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/5356 – **Einführung eines Transparentberichtes –** bereits heute abschließend beraten wolle. Falls der HFA ein Votum dazu erarbeiten wolle, müsste das heute geschehen.

Sie habe jedoch das Signal erhalten, dass Bereitschaft bestehe, diesen Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzugeben, sodass eine Ergänzung der heutigen Tagesordnung um diesen Punkt nicht erforderlich wäre. – Der **Ausschuss** stimmt diesem Verfahren einvernehmlich zu.

Volkmar Klein (CDU) beantragt, auf die Beratung des Punktes 2 der Tagesordnung – **Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2007** in Verbindung mit dem **Gesetz über die Leistung von Abschlägen im Rahmen der Feinabstimmung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden an den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund der Deutschen Einheit** – zu verzichten, nachdem entschieden worden sei, in der nächsten Woche im Plenum nicht darüber zu beraten. Das Einzige, was heute beraten werden könnte, wäre der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Änderungsantrag, der als Service schon einmal übermittelt worden sei. Darüber könne allerdings genauso gut in der Antragssitzung diskutiert werden.

Ewald Groth (GRÜNE) nimmt mit Verwunderung und auch ein wenig Bestürzung zur Kenntnis, dass der Finanzminister, auch wenn das schon vorher angekündigt worden sei, an der heutigen Ausschusssitzung nicht teilnehme. In einer Situation, in der sich das Land Nordrhein-Westfalen in der größten Regierungs- und Finanzkrise befinde, zumindest seit er Landtagsabgeordneter sei, sollte der Finanzminister dem Ausschuss eigentlich Rede und Antwort stehen.

Wenn Anträge eingebracht und nicht eingebracht, vorgelegt und doch nicht vorgelegt würden, auf der Tagesordnung und doch nicht auf der Tagesordnung seien, frage sich, was eigentlich los sei im Land Nordrhein-Westfalen und wann es endlich einmal Sicherheit für die Kommunen gebe. Derzeit befinde sich der zweite Nachtrag zum Haushalt 2007 in der Beratung, und noch immer wisse man nicht, wie viel Steuern tatsächlich bis Ende 2007 im Steuersäckel angekommen seien. Das Land Nordrhein-Westfalen habe so etwas nicht verdient, vor allem nicht die „Koalition der Ernüchterung“; denn viele Menschen, die diese Regierung gewählt hätten, seien inzwischen ernüchtert. Was die Koalition jetzt mache, sei keine verantwortungsvolle Politik.

Den Antrag von Herrn Klein zur Tagesordnung könne seine Fraktion nicht verstehen. Während man die Steuereinnahmen immer noch nicht kenne, werde ein Antrag zur Kenntnis gegeben, der jetzt offenbar wieder zurückgenommen werde. Die Koalition habe den Kommunen in den Jahren 2006 und 2007 Geld vorenthalten, und 2008

solle es so weitergehen. Das, was in dem übermittelten Änderungsantrag stehe, sei ja noch nicht das Ende. Der Ausschuss müsse wissen, wie der Verteilmaßstab letztlich aussehen solle und wann die Kommunen das Geld, das ihnen vorenthalten worden sei und das sie dringend benötigten, endlich bekämen.

Statt jetzt eine Geschäftsordnungsdebatte zu führen, schlägt **Vorsitzende Anke Brunn** vor, den Punkt „Zweites Nachtragshaushaltsgesetz“ auf der Tagesordnung zu belassen und dort den Verfahrensstand zu diskutieren und zu klären, wie man damit weiter umgehe.

Hans-Willi Körfges (SPD) möchte schon jetzt etwas zu dem Thema sagen. Das, was man soeben erlebe, sei einmalig; es entspreche aber dem, was diese Koalition offensichtlich auszeichne: „Es gilt das gebrochene Wort“.

Gestern habe die Koalition im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform einen Antrag als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben, ohne ihn einzubringen. Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen habe, wie man damit umzugehen habe, hätten sich die Koalitionsfraktionen entschlossen, ihn doch einzubringen. Parallel dazu hätten sie eine Pressemitteilung herausgegeben mit dem Tenor: „Geld für alle Kommunen“. Heute weigerten sich die Koalitionsfraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss wieder, über diesen Antrag zu diskutieren. Dies sei ein unerhörter Stil, eine Fortsetzung der Echternacher Springprozession in dieser Angelegenheit und ein dreister Versuch, die Kommunen zu täuschen.

Die SPD-Fraktion wäre gestern im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform bereit gewesen, dem ursprünglichen Gesetzentwurf, wonach die Kommunen 500 Millionen € erhalten sollten, zuzustimmen. Stattdessen werde ein Antrag vorgelegt, der die Investitionspauschale ins Spiel bringe und alles wieder infrage stelle. Parallel dazu werde eine irreführende Pressearbeit gemacht. Und heute solle dem HFA verboten werden, über die Art und Weise, wie die Koalition mit dem Thema umgehe, zu diskutieren. Das sei nicht hinnehmbar.

Zu dieser Angelegenheit müsse er weiter feststellen: Als die SPD-Fraktion eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf beantragt habe, sei ihr von Regierung und Koalition öffentlich vorgehalten worden, sie sei womöglich schuld an einer verzögerten Auszahlung der Mittel an die Kommunen. Jetzt setze die Koalition den Punkt von der Tagesordnung ab, verzögere damit die Dinge um Monate und lasse die Kommunen darüber hinaus unter dem von der Regierung angerichteten WestLB-Chaos leiden. So könne man mit kommunalen Interessen nicht umgehen.

Für den Fall, dass heute genau wie gestern im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform die gesamten Fragen wieder nicht beantwortet würden, stelle er fest: Regierung und Koalition machten einen Kunstgriff, der in der Geschichte der Haushaltsführung des Landes einmalig sei: Sie wollten einen Nachtrag 2007 mit Dingen schmücken, die für 2008 noch nicht entstanden seien, also im Vorgriff noch nicht begangene Fehlleistungen korrigieren. Die Koalition sollte erst einmal erklären, wie das mit dem Haushaltsrecht, dem Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, zu vereinbaren sei.

Die SPD-Fraktion werde den Gutachterdienst anrufen und über diese „fachliche Meisterleistung“ im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik mit der Koalition ins Gericht gehen. Sie helfe den Kommunen nicht, sondern verärgere sie, veralbere die kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und sei noch nicht einmal bereit, zu begangenen Fehlern zu stehen.

Vorsitzende Anke Brunn weist darauf hin, dass es sich inzwischen um eine vorgezogene Sachdebatte zu dem Tagesordnungspunkt handele, und fragt, ob der Antrag auf Absetzung weiter aufrechterhalten werde.

Volkmar Klein (CDU) stellt fest, die Regierungsfraktionen hätten den Änderungsantrag, über den gesprochen worden sei, bereits dem HFA zur Kenntnis gegeben, damit sich jeder darauf einstellen könne. Gestern im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sei noch nicht bekannt gewesen, dass der Nachtragshaushalt von der Tagesordnung des Plenums in der nächsten Woche genommen worden sei. Da man das heute aber wisse, sei es sinnvoll, den Punkt auch heute von der Tagesordnung zu nehmen.

Das bedeute aber nicht, dass Anträge eingebracht und wieder zurückgenommen würden. Der Antrag liege vor. Dass er übermittelt worden sei, sei ein Service, damit sich die anderen Fraktionen bereits darauf einstellen könnten.

Die CDU-Fraktion erhalte den Antrag aufrecht, den Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. – Auf entsprechenden Hinweis der **Vorsitzenden** bestätigt **Volkmar Klein (CDU),** das bedeute selbstverständlich auch, die Auswertung der Anhörung vom 11. Februar heute nicht vorzunehmen.

In seiner Gegenrede bemerkt **Ewald Groth (GRÜNE)** zunächst, er sei nach wie vor verwundert darüber, dass degressive Beträge genannt würden, obwohl eigentlich ein Aufwuchs erfolgen müsste, und dass der Änderungsantrag keinen Berechnungsmaßstab für die vorgesehenen Transaktionen enthalte. Zu diskutieren sei auch darüber, dass in einem zweiten Nachtrag für 2007 schon Geld für 2008 verausgabt werden solle. Man könnte ja auch auf die Idee kommen, den Haushalt 2006 mit einem weiteren Nachtrag wieder aufzumachen. Das, was Herr Körfges über die die Echternacher Springprozession gesagt habe, sei aus jeder Perspektive zutreffend.

Ob der zweite Nachtrag 2007 doch noch auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzungen komme, sei aus seiner Sicht durchaus offen. Die Regierung wisse im Moment nicht, was sie machen solle, weil die Koalition uneins sei. Darüber müssten die Kommunen leiden.

Zu fragen sei im Übrigen auch, wie über einen Abschlag über 150 Millionen € entschieden werden solle, wenn man nicht wisse, woher die Deckung komme.

Die Antworten auf alle diese Fragen sollten Regierung und Koalition heute nicht schuldig bleiben. Er sei auch dafür, die Anhörung heute auszuwerten.

Vorsitzende Anke Brunn lässt über den Geschäftsordnungsantrag des Abgeordneten Klein abstimmen.

> Der Ausschuss **beschließt** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den vorgesehenen **TOP 2 – Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2007 – abzusetzen.**

Aufgrund der eingetretenen Situation beantragt **Gisela Walsken (SPD)** eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Bevor sie dem stattgibt, teilt **Vorsitzende Anke Brunn** noch mit, dass Finanzminister Dr. Linssen heute in Berlin sei, weil dort die Föderalismuskommission tage. Deshalb sei seit Längerem bekannt, dass er an der heutigen Ausschusssitzung nicht teilnehmen könne. Sie bitte dafür um Verständnis.

(Sitzungsunterbrechung von 10:30 Uhr bis 10:40 Uhr)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt die **Vorsitzende** bekannt, aufgrund der Anregung der SPD-Fraktion werde sie den Gutachterdienst um Prüfung der von Herrn Körfges bereits dargestellten Frage bitten.